



Die drei Eidgenossen in der Kuppelhalle des Bundeshauses schwiegen auch zu den teilweise überraschenden Entscheiden des Parlaments.

PARLAMENTSDIENSTE 3003 BERN

Baselland Nationalratspräsidentin verschafft Einblick

## Es wird engagiert gearbeitet



VON MAYA GRAF\*

Die Eröffnung der Session ist für das Präsidium immer ein besonderer Moment. Der Beginn der Frühlingssession stand am Montag noch ganz unter den Entscheiden zu den wichtigen Volksabstimmungen vom Sonntag. Das

überwältigende Ja der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zur Abzockerinitiative gab dabei sicher am meisten zu diskutieren.

Aber auch die Ablehnung des Verfassungsartikels zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch das Ständemehr, obwohl die Mehrheit der Stimmenden – vor allem aus städtischen Verhältnissen – Ja gesagt hatte, löste viele Reakti-

### Mit den von mir angelobten vier neuen Ratskolleginnen hat sich der Frauenanteil im Nationalrat leicht auf 29,5 Prozent erhöht.

onen aus. Für mich persönlich war das deutliche Ja zum revidierten Raumplanungsgesetz die wichtigste und erfreulichste Entscheidung. Endlich haben wir griffige Instrumente in der Hand, um der Zersiedelung unseres Landes entgegenzuwirken.

Punkt 14.30 Uhr durfte ich mit der Glocke meine Nationalratskollegen und -kolleginnen zur Ruhe bitten und die Anlobung von vier neuen Kolleginnen bekannt geben. Dazu haben sich alle von

ihren Sitzen zu erheben, auch auf den Zuschauertribünen. Es war für mich ein ganz besonders schöner Akt, gleich von vier Frauen die Eidesbeziehungsweise die Gelübdeformel auf unsere Verfassung abnehmen zu dürfen.

Mit den vier neuen Ratskolleginnen hat sich der Frauenanteil im Rat leicht auf 29,5 Prozent erhöht. Das alles passt perfekt zum internationalen Tag der Frau, der gestern, am 8. März, mit unzähligen Aktionen weltweit stattgefunden hat. Leider ist er noch lange nicht überflüssig. Dies bewiesen die Equal-Pay-Taschen der Businessfrauen Schweiz, die wir beim Eintreten ins Bundeshaus in die Hand gedrückt bekamen. Noch immer verdienen Frauen in der Schweiz im Durchschnitt 20 Prozent weniger als Männer.

Während der Sessionen finden nicht nur die ordentlichen Sitzungen statt, sondern mittags und abends wird die Zeit für Besprechungen, Vorbereitungssitzungen und Anlässe genutzt. Am Dienstag über Mittag traf ich mich beispielsweise mit meinen sieben Kollegen aus allen Fraktionen zur Vorbereitungssitzung für unsere offizielle Delegationsreise nach Kosovo und Albanien im April.

Am Mittwochabend nahm ich als Nationalratspräsidentin am Empfang der bulgarischen Botschafterin im Rathaus in Bern teil. Aber bereits um 7 Uhr am Donnerstagmorgen hiess es wieder fit und konzentriert für die Leitung der Bürositzung und die anschliessende Ratssitzung bis 13 Uhr zu sein. Ich kann also bestätigen, dass in Bern «oben» während der Sessionen – im weltweit erst noch kostengünstigsten Parlament – engagiert gearbeitet wird.

\* Die Autorin wohnt in Sissach und ist die erste Nationalratspräsidentin der Grünen.

Luzern Widersprüchliche Entscheide im Ständerat zum Gripen

## Für eine sichere Schweiz



VON GEORGES THEILER\*

Während der Session in Bern steht die Politik speziell im Schaufenster. Die Diskussionen werden in Anwesenheit der Medien öffentlich geführt. Das schafft grosse Aufmerksamkeit. Aber ebenso wichtig wie

die Entscheide im Parlament sind die politischen Prozesse, die übers ganze Jahr hinweg in der Verwaltung, in Verbänden und in den Parteien laufen. Nur wenn die Ziele klar sind und die Parlamentsgeschäfte gut vorbereitet sind, können Entscheide getroffen werden, die später auch bei einer Volksabstimmung Zustimmung erhalten. Bei den Beratungen zum Erwerb des neuen Kampfflugzeuges ist der Start nicht gelungen.

Der Rat hat sich zwar mit knapper Mehrheit für den Gripen entschieden. Den notwendigen Kredit hat er aber nicht bewilligt. Er hat Ja gesagt zu einem Flugzeug ohne Flügel. Dieser eigenartige Entscheid ist Ausdruck dafür, dass der Sicherheitspolitik in der Schweiz ein immer kleinerer Stellenwert beigemessen wird. Der Bundesrat hat in den letzten Jahren sicherheitspolitisch laviert und die Notwendigkeit neuer Kampfflugzeuge selber infrage gestellt. Auch die bürgerlichen Parteien haben keine klare Vorstellung zur Sicherheitspolitik der Schweiz. Das schafft eine gefährliche Unsicherheit.

Wenn die Schweiz ihre neutrale Sonderstellung behaupten will, muss sie bereit sein, ihren Raum im Ernstfall zu verteidigen. Das ist im Ständerat nach wie vor unbestritten. Des-

halb empfiehlt er die Initiative der GSoA zur Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht deutlich zur Ablehnung. Aber zu einer glaubwürdigen Landesverteidigung gehört auch eine schlagkräftige Luftwaffe. Diesbezüglich ist der Entscheid des Ständerates unglücklich. Ich hoffe, dass der Nationalrat diesen korrigiert und der Ständerat dann in einem zweiten Anlauf dem Kredit ebenfalls zustimmt.

Ich bin überzeugt, dass wir auch in Zukunft eine starke Verteidigungsarmee brauchen. Deshalb unterstütze ich den Kauf der Gripen-Kampfflugzeuge und bin bereit, für die Landesverteidigung die notwendigen finanziellen Mit-

### Bei den Beratungen zum Erwerb des neuen Kampfflugzeuges ist der Start nicht gelungen.

tel bereitzustellen. Sicherheit ist ein hohes Gut und hat einen entsprechenden Preis. Es ist nun dringend notwendig, dass der Bundesrat und die bürgerlichen Parteien klar aufzeigen, wie und mit welchen Mitteln sie die Sicherheit der Schweiz gewährleisten wollen. Nur wenn das glaubhaft gelingt, gewinnen wir das Vertrauen der Stimmberechtigten. Nur so können wir die Abstimmungen zur Armee und zum Kauf der Kampfflugzeuge gewinnen.

Wir können und dürfen die Verantwortung für unsere Sicherheit nicht an unsere Nachbarstaaten oder an die NATO delegieren.

\* Der Autor wohnt in Luzern und sitzt für die FDP des Kantons Luzern im Ständerat.

## Aus dem Ratsprotokoll

### Autobahnvignette Ab 2015 kostet sie 100 Franken

Der Streit zwischen Ständerat und Nationalrat um den Vignettenpreis fand ein Ende: Mit 97 zu 89 Stimmen folgte der Nationalrat im dritten Anlauf dem Entscheid der kleinen Kammer und beschloss den neuen Preis von 100 Franken. Die Erhöhung um 150 Prozent gilt voraussichtlich ab dem Jahr 2015.

### Sorgerecht Gleiche Rechte nach der Scheidung

Der Ständerat hat bestätigt, was der Nationalrat vor ihm beschlossen hat-

te: Nach einer Trennung oder Scheidung soll das gemeinsame Sorgerecht zum Regelfall werden. Er hat jedoch in zwei Punkten wichtige Differenzen zum Nationalrat geschaffen: Einerseits will der Ständerat die Rückwirkung der Sorgerechtsanträge auf fünf Jahre begrenzen. Und zweitens soll das sogenannte «Zügelverbot» nur das Kind betreffen.

### Ärztstopp Nationalrat erteilt Kompetenz Kantonen

Ab April sollen die Kantone wieder einen Zulassungsstopp für Spitalarztpraxen verordnen können. Der Nationalrat beschloss die auf drei Jahre befristete Zulassungsbeschränkung auf Antrag von Bundesrat Alain Ber-

set mit 103 zu 76 Stimmen. Um die Flut von neuen Anträgen – letztes Jahr waren es 2049 – zu beschränken, muss nächste Woche noch der Ständerat zustimmen.

### Bundesrat Minder scheitert mit Listenwahlen

Nach dem Grosse Erfolg mit seiner Abzocker-Initiative misslang dem parteilosen Schaffhauser Ständerat Thomas Minder diese Woche ein zweiter Coup. Seine parlamentarische Initiative, welche die gemeinsame und gleichzeitige Wahl des Bundesrates auf einer Liste forderte, erlitt in der kleinen Kammer Schiffbruch: Mit 30 zu 8 Stimmen schickte sie der Ständerat bachab.

### Elektronisch Ständerat beendet Hand-Abstimmen

Nach den publik gewordenen Auszählpannen prasselten Spott und Hohn auf den Ständerat nieder. Jetzt hatten 27 Räte die Nase voll und beschlossen die Einführung eines elektronischen Abstimmungsverfahrens; 17 Räte wollte nichts geändert haben. Aber völlige Transparenz gibts trotzdem nicht. Eine Namensliste gibts beispielsweise nur, wenn zehn Räte eine solche verlangen.

### Hausärzte Parlament setzt auf Gegenvorschlag

Die von über 200'000 Schweizerinnen und Schweizern unterschriebene In-

itiative «Ja zur Hausarztmedizin» empfiehlt nach dem Ständerat auch der Nationalrat zur Ablehnung. Beide Räte setzen auf einen direkten Gegenvorschlag. Beim Inhalt sind sie sich allerdings noch nicht einig. Der Nationalrat stimmte einer Version zu, die den Initianten stark entgegenkommt.

### Energiewende ETH soll 60 Millionen Franken erhalten

Für die Forschung zu erneuerbaren Energien und Energieeffizienz soll die ETH 60 Millionen Franken zusätzlich erhalten. Um diesen Betrag soll nach Beschluss des Nationalrates der vom Bundesrat bis 2016 beantragte Kreditrahmen von 202 Millionen Franken aufgestockt werden.